

Krisen in Zeiten der Pandemie – der Kampf des Militärs gegen COVID-19 und gegen die Bevölkerung in Myanmar

Madlen Krüger

1 Einleitung

Myanmar hat es doppelt hart getroffen. Neben der COVID-19-Pandemie, die Tausende getötet hat, riss das Militär am 1. Februar 2021 nach nur zehn Jahren der vorsichtigen Öffnung erneut die Macht an sich. Seither führen sowohl das Militär als auch die Zivilbevölkerung einen Kampf an unterschiedlichen Fronten: gegen COVID-19 und gegeneinander. Gleichwohl mit ungleich verteilten Mitteln.

Seit März 2020 ist auch Myanmar von der COVID-19-Pandemie betroffen und das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben eingeschränkt. Neben öffentlichen und größeren Versammlungen wurden zusätzlich religiöse Veranstaltungen untersagt. Dies führte zu einer Schließung von Kirchen, Moscheen, Pago-

den und Tempeln und einer Lahmlegung des religiösen Lebens im öffentlichen Raum. Die damalige Zivilregierung stand vor der Herausforderung, die für November 2020 geplanten Parlamentswahlen auszurichten und eine Pandemie zu managen, für die weder wirtschaftliche noch medizinische Mittel im ausreichenden Maße zur Verfügung standen. Die Strategie der Zivilregierung bestand zu Beginn der Pandemie darin, keine offiziellen Zahlen an die Weltgesundheitsorganisation (WHO) weiterzugeben und ein Ausbrechen der Pandemie zu leugnen. In Folge fand keine Aufklärung der Bevölkerung statt. Vielmehr erklärte die Zivilregierung das Fehlen von COVID-19-Infizierten mit Lebensstil und Ernährungsgewohnheiten, die die Bevölkerung vor dem Virus schütze. Allerdings erschwerte der Mangel an Testungen und medizinischer Behandlung offizielle Angaben von Zahlen. Zudem wurden nur diejenigen offiziell zu den COVID-19-Toden gezählt, die direkt in medizinischen Einrichtungen verstarben. Seit dem Staatsstreich hat sich die Informationslage noch verschlechtert. Die Zahlen, die der WHO für den Zeitraum vom 3. Januar 2020 bis zum 14. Januar 2022 vorliegen, sind von daher nur bedingt aussagekräftig. Die WHO gibt für Myanmar gut 500 000 bestätigte Fälle und knapp 20 000 an COVID-19-Verstorbene an. Mit über 36 Millionen abgegebenen Impfdosen waren im Januar 2022 29 Prozent der circa 54 Millionen Einwohner vollständig geimpft.¹

1 WHO Coronavirus Dashboard 2022.

Das aktuelle Pandemiegeschehen ist in Myanmar nicht zu bestimmen. Innerhalb der myanmarischen Bevölkerung rückte die Pandemie angesichts des Militärputsches in den Hintergrund. Nach einer anfänglichen Schockstarre und stillem Widerstand begannen landesweite Proteste der Zivilbevölkerung. Dem folgte ein Generalstreik in öffentlichen Einrichtungen. Das Militär reagierte mit Härte. Seither wurden ungefähr 1 500 Menschen getötet und mehr als 11 700 festgenommen. Ferner droht ein Bürgerkrieg. Die Militärregierung führt Kämpfe mit den Armeen der Minderheiten und zahlreichen neuen bewaffneten Widerstandsgruppen. Die COVID-19-Pandemie wird von der Zivilbevölkerung nicht mehr nur als gesundheitliche Bedrohung angesehen, sondern als Werkzeug des Militärs sein Vorgehen gegen die Bevölkerung zu legitimieren.²

2 Die politische Situation in Myanmar – ein historischer Überblick

Am 1. Februar 2021 kehrte Myanmar mit einem Staatsstreich des Militärs zurück zur Militärdiktatur. Die Phase der Demokratisierung währte nur kurz (2011–2021). Der Vielvölkerstaat mit seinen über 135 ethnischen Gruppen wird seit 1962 vom Militär regiert. Schon in den 1950er Jahren übernahm das Mi-

2 Interviews und Gespräche mit Kollegen und Kolleginnen aus Myanmar.

tär eine zentrale Ordnungsfunktion und baute seine politische Machtposition aus. Nach einigen kurzen Machtübernahmen putschte sich 1962 die Militärführung um General Ne Win (1911–2002) – dem ersten Diktator Myanmars – endgültig an die Macht.³ Die Militärs entwickelten ein Selbstverständnis, das sie bis heute prägt und antreibt: Als Bewahrer und Retter der Nation, die einzigen legitimen Herrscher zu sein.

Von 1962–2010 dominierten Militärs die Politik in Myanmar. Dieser lange Zeitraum war geprägt von Phasen der direkten Militärherrschaft mit Junta (Regierung) oder scheinbar ziviler Regierung, aber vom Militär besetzten Institutionen und Phasen der indirekten Militärherrschaft mit Einflussnahme auf politische Entscheidungsprozesse über Vetorechte des Militärs. Es gelang den Generälen in den Jahrzehnten ihrer Herrschaft immer neue Legitimationsstrategien aufzustellen.

So regierte das Militär von 1962 bis 1973 per Dekret in Form eines Revolutionsrates, der sich 1974 mit der Verabschiedung der Verfassung der Sozialistischen Republik der Union von Burma (der Name Myanmars bis 1989) auflöste. Militärs gründeten die Burmesische Sozialistische Programmpartei (BSPP), gaben sich damit ein ziviles Aussehen und verankerten zugleich ihren Führungsanspruch in der Verfassung. Bis 1988 verfolgte die Militärpartei unter einem nunmehr zivilen Staatspräsidenten Ne Win das politische Ziel, die burmesische Gesellschaft nach sozialistischem Vorbild umzustrukturieren. In der Folge wurden

3 Saw Eh Htoo 2022.

Privatunternehmen verstaatlicht und der internationale Handel unterbunden. Dies führte zu einer absoluten Abschottung des Landes. Was nicht ohne Folgen blieb und 1988 angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage zum Volksaufstand führte. Der Aufstand ging in die Geschichte Myanmars ein, als erster großer Volksaufstand, der vom Militär blutig niedergeschlagen wurde. Nach dem Rücktritt des Staatspräsidenten Ne Win wurde die Verfassung außer Kraft gesetzt, die BSPP aufgelöst und ein Militärrat übernahm erneut die Regierung. Der sozialistische Umgestaltungsversuch wurde eingestellt und das Militär verkündete den Beginn einer zeitlich befristeten direkten Militärherrschaft mit dem Ziel einer von der Junta eingeleiteten disziplinierten Demokratie. Daraufhin organisierte die Junta 1990 zum ersten Mal Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung. Die 1988 gegründete Oppositionspartei *Nationale Liga für Demokratie* (NLD) gewann die Wahlen unter dem Vorsitz von Aung San Suu Kyi haushoch. Als Tochter des 1947 ermordeten Unabhängigkeitskämpfers und Nationalhelden Aung San, gelang es ihr schon damals die Massen zu mobilisieren. Den Ausgang der Wahlen erkannte die Junta jedoch nicht an und stellte Suu Kyi unter Hausarrest – der insgesamt 15 Jahre andauern sollte –, inhaftierte ihre Mitstreiter und Mitstreiterinnen oder vertrieb diese in die Nachbarregionen. Die Militärregierung führte die Regierung weiter, nannte sich 1997 um in den *Staatlichen Friedens- und Entwicklungsrat* (SPDC), wandte sich von der Planwirtschaft ab und hin zu einem militärisch dominierten Klientelkapitalismus und erwirtschaftete mit eigenen Militärunternehmen enorme Gewinne. 2003 verkündete das Militär, die

Weichen hin zu einer zivilen Regierung stellen zu wollen und legte dafür 2008 erneut eine Verfassung vor.⁴

Im November 2010 fanden die angekündigten Parlamentswahlen statt, die jedoch nicht als frei und fair bezeichnet werden können. Als Wahlsieger ging die vom Militär getragene *Unionspartei für Solidarität und Entwicklung* (USDP) hervor. Was aber vor allem dem geschuldet war, dass die NLD die Wahlen boykottierte. Aung San Suu Kyi sowie zahlreiche frühere politische Aktivistinnen und Aktivisten der NLD befanden sich zum Zeitpunkt der Wahlen noch unter Hausarrest oder in Haft und andere Kandidatinnen und Kandidaten konnten so schnell nicht aufgestellt werden.⁵ Staatspräsident wurde im März 2011 der ehemalige General Thein Sein. Somit kann zu diesem Zeitpunkt nicht von einem demokratischen Prozess gesprochen werden. Wenige Tage nach den Wahlen wurde Suu Kyi aus dem Hausarrest entlassen und wenig später mit einer Generalamnestie weitere politische Gefangene freigelassen.

Die Gründe der Junta selbstständig Reformen einzuleiten, die politische Parteien zulassen und eine Lockerung der Beschränkungen von Meinungs- und Versammlungsfreiheit eröffnen, lässt sich allerdings mit der wirtschaftlichen, politischen und verfassungsrechtlichen Stärke des Militärs begründen. Mit der 2008 verabschiedeten Verfassung sicherte sich das Militär umfangreiche Vetorechte, die es ihm ermöglichen den Reform-

4 Croissant 2016: 291–322.

5 Sigrist 2010.

prozess und das Land weiterhin zu kontrollieren. Kein ziviles Gremium kann laut Verfassung die Armee kontrollieren. Zudem sind 25 Prozent der Sitze im Parlament automatisch für Militärs reserviert – dadurch konnten Verfassungsänderungen erfolgreich verhindert werden –. Schlüsselpositionen wie das Amt des Vizepräsidenten, die Mehrheit der Sitze im Verteidigungs- und Sicherheitsrat sowie die Ministerien für Inneres, Verteidigung und Grenzangelegenheiten sind ausschließlich den Militärs vorbehalten. Somit schuf die Junta 2008 eine solide Grundlage ihres Machterhalts und – politisch gesehen – eine weitere indirekte Militärherrschaft. Darüber hinaus verhinderte der Paragraph 59f der Verfassung⁶ die Präsidentschaftskandidatur Aung San Suu Kyis, denn Staatspräsidentin darf nur werden, wer nicht mit einem Ausländer verheiratet ist oder deren Kinder keine ausländische Staatsbürgerschaft haben.⁷

Am 8. November 2015 fanden die ersten freien Wahlen seit 1960 statt, die mit einem Erdrutschsieg der NLD ausgingen. Mit der Mehrheit im Parlament gelang es der NLD den neuen Posten eines Staatsrates durchzusetzen und Aung San Suu Kyi 2016 das Amt der de facto Regierungschefin zu ermöglichen. Als Ikone des Freiheitskampfes und der Demokratie in Myanmar galt Suu Kyis erneuter Wahlsieg mit der NLD im November 2020 als si-

6 Hansen 2014.

7 Aung San Suu Kyi studierte in Oxford und war mit einem britischen Historiker und Tibetologen verheiratet. Ihre Kinder haben die britische Staatsbürgerschaft. Es wird davon ausgegangen, dass mit dem Verfassungsartikel Suu Kyi gezielt ausgeschlossen wurde.

cher.⁸ Viele Beobachter hatten allerdings erwartet, dass die NLD einige Verluste in den ethischen Minderheitsgebieten einfahren würde. Das Gegenteil war der Fall. Auch diesmal erhielt die NLD die für die Mehrheit notwendigen Sitze. Die vom Militär gestützte Oppositionspartei USDP hingegen erhielt sogar weniger Sitze als noch 2015. So erreichte die NLD 396 Sitze im Unter- und Oberhaus des Parlaments – 322 sind für die Mehrheit notwendig –, die USDP hingegen nur 33. Ein Debakel für die USDP und damit für das Militär. Daraufhin weigerte sich die USDP das Wahlergebnis anzuerkennen und begann über Defizite und Manipulationen bei den Wahlen zu klagen. Vor Gericht wurden die Klagen abgewiesen und die von der NLD geführte Wahlkommission lehnte die Forderung nach Neuwahlen ab.⁹ Mit dem Vorwurf des Wahlbetruges und unter Führung von Armeechef Min Aung Hlaing putschte sich das Militär im Februar 2021 kurz vor der geplanten Parlamentseröffnung erneut direkt an die Macht.

8 Trotz zunehmender internationaler Kritik, die vor allem mit dem Umgang der muslimischen Minderheit der Rohingyas zusammenhängt, wird Aung San Suu Kyi in Myanmar verehrt. So stand sie 2019 vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag und verteidigte ihr Land gegen die Völkermordvorwürfe.

9 Tagesschau 2020.

3 Die Hintergründe für den Staatsstreich und die Interessen des Militärs

Nach der Verhaftung der Staatsrätin Aung San Suu Kyi und des Präsidenten U Win Myint, rief das Militär den Ausnahmezustand aus. Unter der Kontrolle der Junta sollten innerhalb eines Jahres Neuwahlen stattfinden. Seither verlängert die Militärregierung den Ausnahmezustand und das Kriegsrecht für einzelne Regionen. Bislang haben die Putschisten einen Staatsverwaltungsrat (SAC) unter Vorsitz von Min Aung Hlaing gebildet. Diesem »zivilen« Gremium gehören ehemalige Mitarbeiter des früheren Staatspräsidenten Thein Sein (2011–2015) an sowie Politiker ethnischer Minderheiten und ehemalige NLD-Politikerinnen. Die Strafprozesse, die gegen Aung San Suu Kyi und die Führung der NLD stattfinden, gelten mit ihren an den Haaren herbeigezogenen Anschuldigungen als Vorwand, um letztlich die NLD verbieten zu können und somit den größten Konkurrenten aus einem neuen Wahlprozess herauszudrängen. Die angekündigte Änderung des Wahlrechts wird zukünftige Mehrheiten wie die der NLD im Parlament verhindern. Die Hoffnung auf zukünftige freie und faire Wahlen unter der Herrschaft des Militärs hat niemand in Myanmar.

Der Putsch kam für viele überraschend. Trotz des Vorwurfs des Wahlbetrugs und öffentlicher Andeutungen Generals Min Aung Hlaing eine erneute Machtübernahme nicht auszuschließen, sah kaum jemand ausreichend Gründe für einen Putsch. Die politische und wirtschaftliche Position der Militärs war aufgrund ihrer Sonderrechte auch in einem parlamentarischen

System gefestigt. Der ehemalige General Thein Sein kontrollierte als Präsident von 2011 bis 2015 die politische und wirtschaftliche Liberalisierung des Landes und gab somit die Richtung vor. Mit dem überwältigenden Wahlsieg der NLD 2015 schien die Junta jedoch so nicht gerechnet zu haben, allerdings standen zu keinem Zeitpunkt die Interessen des Militärs in Frage. Mit der parlamentarischen Machtübernahme der NLD hatte sich eine Art bipolares politisches System entwickelt und die Gefahr einer Verfassungsänderung bestand aufgrund der Sperrminorität des Militärs ebenfalls nicht.¹⁰ Warum also der Militärcoup?

Beweise für die Behauptung über Unregelmäßigkeiten und angeblichen weitreichenden Fehlern in Wählerlisten hat das Militär nie vorgelegt.¹¹ Auf Forderungen nach mehr Machtbeteiligung und die Verschiebung der für den 1. Februar 2021 geplanten Eröffnung des neuen Parlaments reagierte die NLD-Führung mit Ablehnung. Bis heute legitimieren die Militärs den Putsch mit der Notwendigkeit, die Integrität der Verfassung gewährleisten zu müssen. Ihr Eingreifen sei somit ein verfassungskonformer Akt. Diese Hintertür haben sich die Militärs schon in die Verfassung eingeschrieben: Einen Ausnahmezustand erklären

10 Harneit-Sievers 2021.

11 Die Wahlen wurden von nationalen und internationalen Beobachtern als im Wesentlichen frei und fair beurteilt. Allerdings konnten 1,2 Mio. Wahlberechtigte vor allem in den Grenzregionen aus Sicherheitsgründen nicht wählen. Dies betraf vor allem die ethnischen Minderheiten. Von einem Wahlbetrug kann jedoch nicht die Rede sein.

zu können, wenn sie die »Prinzipien von Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit« in Gefahr sehen.¹²

Zu den Gründen gibt es zahlreiche Spekulationen: Viele Menschen in Myanmar sehen als Hauptgrund die individuellen Machtinteressen des höchsten Generals Min Aung Hlaing, der kurz vor seiner Pensionierung stand und damit seine direkte politische Machtposition eingebüßt hätte. Hinzukommt, dass Aung San Suu Kyi mit der Zeit immer mehr Unterstützung auch in den Reihen ehemaliger Generäle fand und somit eine Bedrohung für die Machtbasis Min Aung Hlaings darstellte. Zudem gelang es ihr, mit taktischen Zügen einige wichtige Verwaltungsposten in nicht vom Militär kontrollierte Ministerien zu verschieben. Politische Beobachter gehen daher von einer Verhärtung der Fronten und einen Zusammenbruch der Kommunikation zwischen den politischen Machtzentren aus.

4 Die COVID-19-Situation – ein kollabiertes Gesundheitswesen und die Instrumentalisierung der Pandemie

Infolge des Staatsstreiches kam der Kampf gegen COVID-19 für Monate zum Stillstand. Im Sommer 2021 war Myanmar wie der Rest der Welt von der Delta-Welle stark getroffen. Das Gesundheitssystem brach vollkommen zusammen. Wie im Nach-

12 Gravers 2022: 249–255.

barstaat Indien wurde zusätzlich der Sauerstoff knapp. Das Gesundheitswesen in Myanmar war nie das Beste, aber es konnte die COVID-19 Krise 2020 noch bewältigen. Obwohl offizielle Zahlen zur COVID-19-Pandemie nicht aussagekräftig sind und davon ausgegangen werden kann, dass die Dunkelziffer viel höher ist, wird die Dramatik der Situation durch überfüllte Krematorien deutlich. In Yangon, dem wirtschaftlichen Zentrum des Landes, rüstete das Militär Verbrennungsstätten auf, die bis zu 3 000 Leichen täglich einäschern können.

Ein großer Teil der myanmarischen Bevölkerung ist seit dem Putsch der *Bewegung des zivilen Ungehorsams* beigetreten. Die Bewegung ist ein loser Zusammenschluss von mehreren Organisationen, deren Mitglieder mittlerweile die Bandbreite der myanmarischen Gesellschaft abbilden. Sie zeichnet sich durch ein hohes Maß an Dezentralisierung aus. Die Bewegung mobilisiert über nachbarschaftliche Netzwerke und soziale Medien. Die Ziele der *Bewegung des zivilen Ungehorsams* sind aufgrund dezentraler Strukturen nicht einheitlich und ändern sich. Waren es zu Beginn der Proteste die Forderungen nach der Freilassung von Aung San Suu Kyi und die Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse, so kommen nun der Aufbau alternativer legitimer Machtstrukturen und eine finanzielle und organisatorische Selbstverwaltung der Pandemie hinzu. Unter den Aktivistinnen und Aktivisten der ersten Protestwelle befanden sich tausende Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus dem Gesundheitswesen. Das medizinische Personal initiierte die Streiks und Proteste.¹³

13 Tsoi 2021.

Substanzielle Bereiche des öffentlichen Dienstes sind seither erheblich beeinträchtigt. Die Streikbewegung erfasste ganze Berufsverbände sowie Ministerien und legte das Gesundheitsministerium lahm.

Ärztinnen und Pflegepersonal, die sich den Generalstreiks anschlossen, befanden sich in dem Dilemma, mit ihrer Teilnahme an den Boykotts den Kollaps des Gesundheitssystems noch zu beschleunigen. Viele sahen ihre ethische und gesellschaftliche Verantwortung als Ärztinnen und Ärzte in der Unterstützung des Freiheitskampfes der zukünftigen Generation. Mehr als 80 Prozent der Ärztinnen und Ärzte des Landes beteiligen sich an der *Bewegung des zivilen Ungehorsams*.¹⁴ Ein Umstand, den das Militär durchaus strategisch zu nutzen wusste und den Ausfall von Testungen, die hohe Zahl der COVID-19-Tode und die Unterbrechung des bereits angelaufenen – fünf Tage vor dem Putsch – Impfprogramms einzig auf das streikende Personal zurückführte. Folglich begann das Militär vermehrt mit der Fahndung nach an den Protesten beteiligten medizinischen Personal. Ein Großteil der Ärztinnen und Ärzte arbeitet nun vor allem privat oder mit Nichtregierungsorganisationen zusammen oder befindet sich auf der Flucht vor dem Militär. Eine Inhaftierung birgt zusätzlich die Gefahr einer COVID-19-Infektion. In den Gefängnissen, in denen sich fast nur noch politische Gefangene befinden, verbreitet sich das Virus besonders schnell. Die Angst

14 Hay Mar Aung 2021.

bei einem Hausbesuch von COVID-19-Patientinnen und Patienten vom Militär aufgegriffen zu werden ist groß.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass sich das Gesundheitspersonal in Myanmar in einem moralisch unlösbaren Konflikt befindet und teilweise zwischen den Fronten aufgerieben wird. Es muss zum einen direkt um das eigene Leben fürchten, wenn es sich an Protesten beteiligt, sieht sich vonseiten des Militärs Einschüchterungsversuchen und Attacken ausgesetzt, wenn Oppositionelle behandelt werden und erfährt zum anderen Ächtung seitens der Mitbürger, wenn sie sich nicht an den Streiks beteiligen oder Militärs medizinisch betreuen.

Ferner wird ihre Arbeit erschwert. Um COVID-19-Patienten und Widerstandskämpferinnen in den abgelegenen Grenzregionen behandeln zu können sind Krankenschwestern, die auf der Flucht sind, in mobilen Behandlungszelten unterwegs, die jederzeit abgebaut werden können.¹⁵ Allerdings ist auch hier medizinisches Material knapp. Der Streik der Zollbeamten hat zur Folge, dass weniger medizinisches Material ins Land gelangt oder vom Militär einbehalten wird. So mangelt es an Impfstoff, während den Militärs nachgesagt wird, Impfstoff für die eigenen Angehörigen – Soldaten, Unterstützerinnen und Familien – zu horten.¹⁶

Das mangelnde Vertrauen der Bevölkerung in das Militär und die Weigerung an jeder Zusammenarbeit mit der als illegi-

15 Mizzima 2021.

16 Bodewein 2021.

tim angesehenen Regierung, verstärkt die desolade COVID-19-Situation in Myanmar. COVID-19-Aktionen des Militärs werden kaum angenommen. Die niedrige Impfquote in Myanmar liegt auch am Misstrauen gegenüber einem Impfstoff, der vom Militär ausgegeben wird. Mit medizinischen Vorbehalten hat dies allerdings nichts zu tun. Die Wahrnehmung eines Impftermins birgt auch immer die Gefahr vor Ort festgenommen zu werden. Überdies ist es zu einem politischen Statement und Teil des Protestes geworden sich nicht impfen zu lassen. Aktivistinnen und Aktivisten der *Bewegung des zivilen Ungehorsams* möchten der Militärregierung nicht zu Dank verpflichtet sein oder etwas von dieser annehmen. Eine freiwillige Mitarbeit in vom Militär eingerichteten COVID-19-Quarantänezentren kommt ebenso nicht in Frage. Diese Haltung der Aktivistinnen und Aktivisten wird auch von der Idee getragen, die Militärregierung nicht Herr der Lage werden zu lassen. So lange die Lage nicht unter Kontrolle ist, und dazu gehört auch die COVID-19-Pandemie, ist der Militärputsch auch nicht erfolgreich.¹⁷ Der zivile Ungehorsam ist eines der wenigen Mittel, die der Protestbewegung bleibt, um Widerstand zu demonstrieren. Massenproteste wie zu Beginn des Putsches sind aufgrund der Brutalität des Militärs weniger geworden. In einer Zeit des Protests und des Widerstandes sehen sich viele Aktivisten und Aktivistinnen zweifach bedroht: Durch die unberechenbare Gefahr einer COVID-19-Erkrankung und das immer aggressivere Vorgehen des Militärs.

17 Hölzl 2021.

Die Militärs haben keinerlei Strategie und zeigen kein Interesse daran, die COVID-19-Pandemie einzudämmen. Zwar bat die Junta im Juli 2021 angesichts der dritten Corona-Welle um internationale Hilfe, aber nur Länder wie China und Russland, die das Regime politisch und mit Waffen unterstützen.¹⁸ Vielmehr dient COVID-19 als Legitimation der Einschränkung der Menschenrechte und wird als Grund für Verhaftungen und Strafprozesse angegeben. Das prominenteste Beispiel sind wohl die Anschuldigungen, gegen Corona-Auflagen verstoßen zu haben. Aung San Suu Kyi wurde bisher mit Anklagen überzogen, zu denen auch Verstöße gegen Corona-Regeln zählen, die sie während ihres Wahlkampfes 2020 begangen haben soll.

Dass die Junta kein Interesse daran hat, die COVID-19-Situation zu entspannen, zeigt nicht nur ihr rücksichtsloser Umgang mit medizinischem Personal, das trotz Personalmangels weiterhin getötet und verhaftet wird, sondern auch die Hortung des knappen medizinischen Materials – Impfstoffe, Masken und Sauerstoff – in eigenen militärischen Einrichtungen. Dringend benötigter Sauerstoff durfte in der dritten Welle nur an Kliniken verkauft werden, die kein Gesundheitspersonal angestellt haben, das zuvor gegen das Militär protestierte. An Privatpersonen war die Abgabe sogar verboten.¹⁹ Menschen, die dennoch versuchten Sauerstoff zu erhalten, liefen Gefahr verhaftet oder erschossen zu werden. Ausgangssperren und Lockdowns in Regio-

18 China lieferte den eigenen Impfstoff und Material, um Quarantänezentren zu errichten und stellte Gesundheitspersonal zur Verfügung.

19 Stiftung Asienhaus 2021.

nen mit hoher Inzidenz verhindern nicht nur die Ausbreitung des Virus, sondern erschweren auch die Flucht gesuchter Aktivistinnen und Aktivisten.

5 Ausblick

Die Folgen der COVID-19-Pandemie für Myanmar sind schwer abzuschätzen. Der Staatsstreich hat zu einem Kollaps des Gesundheitssystems geführt. In vielen Regionen fehlt mehr als die Hälfte des Gesundheitspersonals. Es fehlt auch an medizinischer Ausrüstung und Material. So ist kaum eine medizinische Versorgung möglich. In der Folge können auch Krankheiten wie beispielsweise Malaria, Hepatitis oder Tuberkulose schwer behandelt werden.

Hunderttausende Menschen befinden sich auf der Flucht vor dem Militär.²⁰ Viele von ihnen finden Zuflucht in den Grenzregionen, die aber kaum Zugang zur medizinischen Grundversorgung bieten. In den Auffanglagern für Binnenflüchtlinge ist die medizinische Lage katastrophal. Ein drohender Bürgerkrieg würde die Situation noch weiter zuspitzen. Schon lange kommen viele Aktivistinnen und Aktivisten in die Grenzregionen nicht nur, um Schutz vor dem Militär zu suchen, sondern auch, um sich den sogenannten Volksverteidigungsgruppen anzuschließen, die in Verbindung mit der Untergrundregierung

20 Deutschlandfunk 2021.

der Nationalen Einheit (NUG) stehen. Die NUG besteht aus ehemaligen Mitgliedern des 2020 gewählten Parlaments. Der Unterschied zur »alten« Regierung ist die Zusammensetzung. Vertreter und Vertreterinnen ethnischer Minderheiten sind nun Teil dieser größtenteils aus dem Ausland agierenden Untergrundregierung. Innerhalb der Zivilregierung in Myanmar genießt die NUG substanzielle Unterstützung als legitime Gegenmacht. Gegenwärtig kämpft die NUG um internationale Anerkennung. Die Vereinten Nationen und der südostasiatische Staatenbund ASEAN sind bisher zurückhaltend darin, die Regierung offiziell anzuerkennen.²¹ Ein Einlenken des Militärs ist nicht zu erwarten. Mit der Unterstützung Chinas und Russlands werden Erklärungen des UN-Sicherheitsrates abgeschwächt. Die beschlossenen Sanktionen treffen das Militär nur bedingt. Zudem haben sie die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Mittel einer über Jahrzehnte aufgebauten streng kontrollierten Unternehmensordnung, in der Loyalität mit Beförderung, Schutz, wirtschaftlichen Möglichkeiten, Arbeitsplätzen und kostenloser Gesundheitsversorgung belohnt wird. Eine privilegierte nationalistische Bruderschaft. Es ist ein riesiges Gönner-Klienten-System aus Gefälligkeiten, Geschenken und Bestechungsgeldern, mit ungeheurem Vermögen.²² Solange das Militär an der Macht bleibt und die Proteste und Streiks der Zivilbevölkerung andauern, wird sich die gesundheitspolitische Situation in

21 Sawerthal 2022.

22 Gravers 2022: 251.

Myanmar nicht ändern, sondern sich noch weiter zuspitzen mit derzeit unabsehbaren Folgen auch für die Bekämpfung der COVID-19-Pandemie.

6 Literatur

- Bodewein, Lena 2021: Myanmar. »Sie wissen nur, wie man tötet«. <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/myanmar-sie-wissen-nur-wie-man-toetet,SeoQPMV> (aufgerufen 10. 01. 2022).
- Croissant, Aurel 2016: Die politischen Systeme Südostasiens. Eine Einführung. Wiesbaden, Springer VS.
- Klein, Mechthild 2021: Religion als Opposition in Myanmar – Proteste mit Almosenschalen. <https://www.deutschlandfunk.de/religion-als-opposition-in-myanmar-proteste-mit-100.html> (aufgerufen 10. 01. 2022).
- Gravers, Mikael 2022: Tatmadaw’s Coup in 2021: The Return of Totalitarian Rule? In: Schmidt-Leukel, Perry/Grosshans, Hans-Peter/Krüger, Madlen (Hg.): Ethnic and Religious Diversity in Myanmar. London, Bloomsbury Academic: 249–256.
- Hansen, Sven 2014: Myanmars ausgebremsste Lady. <https://www.ipg-journal.de/kolumne/artikel/myanmars-ausgebremste-lady-584/> (aufgerufen 15. 01. 2022).
- Harneit-Sievers, Axel 2021: Putsch in Myanmar: 28 Days Later. <https://www.boell.de/de/2021/03/01/putsch-myanmar-28-days-later> (aufgerufen 10. 01. 2022).

- Hay Mar Aung 2021: The Dilemma of Civil Disobedience at a Time of Covid. <https://bjgplife.com/the-dilemma-of-civil-disobedience-at-a-time-of-covid-19/> (aufgerufen 10. 01. 2022).
- Hözl, Verena 2021: Das Virus und der Widerstand. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-07/myanmar-coronavirus-militaerjunta-widerstand-militaerputsch-pandemie> (aufgerufen 10. 01. 2022).
- Khin Zaw Win 2015: Die Wahlen in Myanmar 2015 – ein Leitfaden. <https://www.boell.de/de/2015/11/02/die-wahlen-myanmar-2015-ein-leitfaden> (aufgerufen 10. 01. 2022).
- Mizzima 2021: <https://mizzima.com/article/treating-covid-patients-secret-myanmar-clinics-0> (aufgerufen 10. 01. 2022).
- Saw Eh Htoo 2022: Ne Win's Echoes: Burmanization Policies and Peacebuilding in Myanamr today. In: Schmidt-Leukel, Perry/Grosshans, Hans-Peter/Krüger, Madlen (Hg.): Ethnic and Religious Diversity in Myanmar. London, Bloomsbury Academic: 50–69.
- Sawerthal, Anna 2022: Myanmars Untergrundregierung: »Das Militär glaubt, es kann machen, was es will«. <https://www.derstandard.de/story/2000132918337/myanmars-untergrundregierung-das-militaer-glaubt-es-kann-machen-was> (aufgerufen 28. 01. 2022).
- Sigrist, Annamaria 2010: Suu Kyi aus Hausarrest entlassen. <https://www.dw.com/de/suu-kyi-aus-hausarrest-entlassen/a-6226216> (aufgerufen 10. 01. 2022).

Stiftung Asienhaus 2021: <https://www.asienhaus.de/nc/burma/burma-initiative/detail/presseschau-myanmar-juli-2021-covid-19-haftbefehle-gegen-medizinisches-personal-telenor-verlaesst-myanmar-bewaffneter-widerstand-waechst/> (aufgerufen 10. 01. 2022).

Tagesschau 2020: Suu Kyis Partei gewinnt Wahl. <https://www.tagesschau.de/ausland/myanmar-wahlen-suu-kyi-101.html> (aufgerufen 10. 01. 2022).

Tsoi, Grace/Moe Myint 2021: Covid and a coup. The double crisis pushing Myanmar to the brink. <https://www.bbc.com/news/world-asia-57993930> (aufgerufen 10. 01. 2022)

WHO Coronavirus Dashboard 2022: <https://covid19.who.int/table> (aufgerufen 10. 01. 2022).